

Fidel Castro geht davon aus, dass es unweigerlich zu einem militärischen Eingreifen der USA und der NATO in Libyen kommen wird.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 046/11 – 13.03.11**

NATO-Krieg nicht mehr aufzuhalten: Eine Flut von Lügen über Libyen

Von Fidel Castro Ruz

GLOBAL RESEARCH, 04.03.11

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=23518>)

Im Gegensatz zu Ägypten und Tunesien haben die Unruhen in Libyen keinen sozialen Hintergrund; Libyen hat den höchsten Human Development Index / HDI (Indikator zum Entwicklungsstand eines Landes, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Human_Development_Index) Afrikas, und die Libyer haben die höchste Lebenserwartung auf dem afrikanischen Kontinent. Die libysche Regierung widmet der Bildung und der Gesundheitsfürsorge besondere Aufmerksamkeit, und das kulturelle Niveau der libyschen Bevölkerung ist ohne Zweifel das höchste (in Afrika). Die Bevölkerung hatte genug zu essen und verfügte über wichtige soziale Einrichtungen. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Libyen> .) Libyen hat also ganz andere Probleme. Die Regierung musste viele ausländische Arbeitskräfte ins Land holen, um ihre ehrgeizigen Pläne zur Entwicklung der Produktion und der sozialen Errungenschaften realisieren zu können.



Fidel Castro 2003
(Foto: Wikipedia)

Deshalb gab es in Libyen Hunderttausende Jobs für Arbeiter aus Ägypten, Tunesien, China und anderen Staaten. Das Land hat hohe Einnahmen (aus den Öl- und Gasvorkommen) und Guthaben in konvertierbaren Währungen bei Banken der wohlhabenden Länder, von denen es Konsumgüter und modernste Waffen bezieht; diese Waffen wurden von den gleichen Staaten geliefert, die Libyen heute im Namen der Menschenrechte überfallen wollen.

Eine riesige Lügenkampagne in den (westlichen) Massenmedien hat in der Weltöffentlichkeit große Verwirrung hervorgerufen. Es wird noch einige Zeit dauern, bis wir rekonstruieren können, was wirklich in Libyen geschehen ist und bis wir die Tatsachen von den verbreiteten Falschmeldungen trennen können.

Ernstzunehmende, renommierte TV-Anstalten wie teleSur (Infos zu diesem TV-Satellitensender mehrerer lateinamerikanischer Staaten unter <http://de.wikipedia.org/wiki/TeleSUR>) haben Reporter und Kamerateams zu beiden Konfliktparteien geschickt, damit wir Informationen über das bekommen, was wirklich passiert ist.

Weil die Kommunikation blockiert wurde, mussten diplomatische Vertreter, die Tag und Nacht in ihrer Umgebung unterwegs waren, um sich ein eigenes Bild von den Vorgängen zu verschaffen, ihr Leben riskieren. Das (US-)Imperium und seine wichtigsten Verbündeten nutzten ihre Hightech-Medien, um eine Vielzahl (widersprüchlicher) Informationen zu verbreiten, in denen man selbst nach den paar Körnchen Wahrheit suchen musste.

Ohne jeden Zweifel drückten die Gesichter der jungen Leute – der Männer und der Frauen mit und ohne Schleier – die in Bengasi protestierten, echte Empörung aus.

Darin war abzulesen, dass die Stammesgegensätze in diesem arabischen Land immer noch eine Rolle spielen, obwohl 95 Prozent seiner Bevölkerung muslimischen Glaubens sind.

Die Imperialisten und die NATO-Militärs – die sehr besorgt über die revolutionäre Welle in der arabischen Welt sind, weil dort ein großer Teil des Öls gefördert wird, auf das sich die vom Konsum geprägte Wirtschaft der entwickelten, reichen Staaten stützt – möchten den internen Konflikt in Libyen natürlich nutzen, um militärisch einzugreifen. Alle Erklärungen der US-Regierung zielten von Anfang an in diese Richtung.

Die Voraussetzung dafür könnten nicht günstiger sein. Bei den Wahlen im November hat der rechte Flügel der Republikaner dem nur als Rhetoriker exzellenten Präsidenten Obama eine schallende Ohrfeige versetzt.

Die (seit George W. Bush agierende) faschistische Gruppe "Mission erfüllt", die jetzt auch noch von den Extremisten der Tea Party ideologisch gestützt wird, reduzierte die Einflussmöglichkeiten des gegenwärtigen Präsidenten auf die Rolle eines dekorativen Statisten, der Gefahr läuft, dass sogar seine Gesundheitsreform und der zweifelhafte wirtschaftlich Aufschwung scheitern – wegen des hohen Haushaltsdefizits und des unkontrollierbaren Anwachsens der Staatsverschuldung, die alle historischen Rekorde bricht.

Trotz der Lügenflut und der damit erzeugten Verwirrung konnten die USA weder China noch die Russische Föderation dazu bringen, im UN-Sicherheitsrat für ein militärisches Eingreifen in Libyen zu stimmen, auch wenn es ihnen gelungen ist, den UN-Menschenrechtsrat eine Resolution beschließen zu lassen, in der Libyen zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert wird (s. <http://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=10768&LangID=E>). Im Hinblick auf ein militärisches Eingreifen lassen die Äußerungen der US-Außenministerin aber keinen Zweifel daran, dass die USA "keine Option ausschließen".

Tatsache ist, dass Libyen – wie wir vorausgesehen haben – jetzt in einen Bürgerkrieg verstrickt ist, und die UNO hat nichts getan, um das zu vermeiden; ihr Generalsekretär hat sogar noch Öl ins Feuer gegossen. (s. http://video.spiegel.de/flash/1113619_iphone.mp4)

Ein Problem, mit dem die (ausländischen) Akteure nicht gerechnet haben, besteht darin, dass die Führer des Aufstands die Angelegenheit dadurch kompliziert haben, dass sie jedes militärische Eingreifen von außen (zunächst) ablehnten.

Verschiedene Nachrichtenagenturen meldeten, dass Abdelhafiz Ghoga, der Sprecher des Revolutionskomitees am Montag, dem 28.(02.), erklärt hat: "Auch der Rest Libyens wird von Libyern befreit werden."

"Wir hoffen, dass die Armee auch Tripolis befreien wird," versicherte Ghoga, als er die Bildung eines 'Nationalrates' ankündigte, der die libyschen Städte repräsentieren soll, die sich schon in den Händen der Aufständischen befinden.

"Wir wollen nur nachrichtendienstliche Informationen, aber keinesfalls eine Verletzung unserer Souveränität in der Luft, auf dem Land oder auf dem Meer," ergänzte er während einer Begegnung mit Journalisten in einer Stadt, die 1.000 Kilometer östlich von Tripolis liegt.

"Die Unnachgiebigkeit, mit der die Führer der Opposition auf der nationalen Souveränität bestehen, spiegelt auch die Überzeugungen wider, die viele libysche Bürger in Bengasi spontan gegenüber der internationalen Presse äußerten," heißt es in einer AFP-Meldung vom vergangenen Montag.

Am gleichen Tag stellte Abeir Imneina, eine Professorin für politische Wissenschaften an der Universität Bengasi, fest: "In Libyen gibt es ein sehr starkes Nationalgefühl."

"Außerdem hat das (schlimme) Beispiel Irak in der ganzen arabischen Welt Angst hervorgerufen," betonte sie, beziehend auf die amerikanische Invasion im Jahr 2003, die angeblich Demokratie in den Irak und durch anschließende Übertragung in die ganze Region bringen sollte – eine Behauptung die sich aber schnell als Täuschung herausstellte.

Die Professorin fuhr fort:

"Wir wissen, was im Irak geschehen ist; das Land ist jetzt völlig instabil, und wir möchten nicht den gleichen Weg gehen. Wir wollen nicht, dass die Amerikaner kommen und wir am Ende Gaddafi nachweinen."

"Die Expertin Abeir Imneina hob hervor: "Uns bewegt das Gefühl, dass dies unsere Revolution ist, und dass wir sie ganz allein machen müssen."

Ein paar Stunden, nachdem diese Meldungen verbreitet worden waren, beeilten sich zwei führende Presseorgane der USA, die NEW YORK TIMES und die WASHINGTON POST, die Ansichten der Aufständischen ganz anders darzustellen; die Presseagentur DPA berichtete am 1. März dazu Folgendes: "Die libysche Opposition könnte fordern, dass der Westen Luftangriffe auf strategisch wichtige Stellungen der Streitkräfte fliegt, die noch loyal zu dem Präsidenten Muammar Al Gaddafi stehen, berichtet die US-Presse heute."

"Über dieses Thema werde bereits im libyschen Revolutionsrat diskutiert, teilten die NEW YORK TIMES und die WASHINGTON POST in ihren Online-Ausgaben mit.

Die NEW YORK TIMES stellt dazu fest, dass diese Diskussionen die wachsende Frustration der Rebellen-Führer angesichts der Möglichkeit offenbaren, dass Gaddafi seine Macht wieder vollständig herstellen könnte.

Wenn diese Luftoperationen im Auftrag der UNO stattfänden, wären sie nicht als internationale Intervention anzusehen, wird der Sprecher des Rates in der NEW YORK TIMES zitiert.

Der Rat setzt sich aus Rechtsanwälten, Akademikern, Richtern und prominenten Mitgliedern der libyschen Gesellschaft zusammen."

Außerdem meldete DPA:

"Die WASHINGTON POST zitierte Rebellen, die zu bedenken gaben, dass der Kampf mit den Gaddafi-treuen Truppen ohne westliche Unterstützung noch sehr lange dauern und viele Menschenleben kosten könnte."

Es ist auffällig, dass in diesen Betrachtungen kein einziger Arbeiter, Bauer oder Handwerker, also niemand, der in der materiellen Produktion tätig ist, erwähnt wird und auch keiner der jungen Studenten oder der Kämpfer, die an den Demonstrationen teilnehmen, zu Wort

kommt. Warum wird hier der Versuch unternommen, die Rebellen als prominente Mitglieder libyschen Gesellschaft erscheinen zu lassen, die von den USA und der NATO Bombenangriffe fordern, bei denen Libyer getötet würden?

Eines Tages werden wir die Wahrheit erfahren – von Personen wie der Professorin für politische Wissenschaften an der Universität Bengasi, die mit solcher Eloquenz an die schrecklichen Erfahrungen der Iraker – die vielen Getöteten, die zerstörten Häuser, die Millionen Arbeitslosen und die unzähligen Flüchtlinge – erinnert hat.

Heute am Mittwoch, dem 2. März, zitierte die (spanische Nachrichtenagentur) EFE den bekannten Rebellen-Sprecher, der wieder eine Erklärungen abgab, die meiner Meinung nach seine Erklärung vom Montag bestätigt und ihr gleichzeitig widerspricht: "Bengasi (Libyen), 2. März – Die Führung der libyschen Rebellen bat heute den UN-Sicherheitsrat, Luftangriffe gegen die Söldner des Regimes von Muammar Al Gaddafi zu beschließen."

"Unsere Armee kann wegen ihrer Verteidigungsaufgaben keine Offensive gegen die Söldner starten," stellte Abdelhafiz Ghoga, der Sprecher der Rebellen, auf einer Pressekonferenz in Bengasi fest.

"Ein strategischer Luftangriff ist etwas anderes als eine Intervention ausländischer Truppen, die wir nach wie vor zurückweisen," betonte der Sprecher der Oppositionskräfte, die schon immer gegen ein militärisches Eingreifen des Auslandes in den Konflikt in Libyen waren.

An welchen der vielen imperialistischen Kriege würde ein militärisches Eingreifen des Westens erinnern?

An den Spanischen Bürgerkrieg 1936? An Mussolinis Angriff auf Äthiopien 1935? An George W. Bushs Überfall auf den Irak im Jahr 2003 oder an einen der vielen Kriege, die mit Unterstützung der USA gegen die Völker Süd- und Mittelamerikas geführt wurden – von der Invasion Mexikos 1846 bis zur Invasion der Falklandinseln 1982?

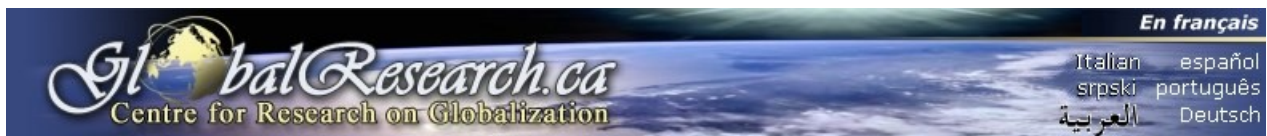
Dabei darf ich natürlich auch die Söldner-Invasion in der Schweinebucht und den schmutzigen Krieg und die Blockade gegen mein Heimatland nicht vergessen, die schon 50 Jahre andauern und sich am 16. April wieder jähren werden.

In all diesen Kriegen, auch in dem in Vietnam, der Millionen Menschen das Leben kostete, haben sich immer die zynischsten Rechtfertigungen und Vorgehensweisen durchgesetzt.

Für alle, die noch irgendwelche Zweifel an dem unvermeidlichen militärische Eingreifen (der USA und der NATO) in Libyen haben, möchte ich eine Meldung der meiner Meinung nach gut unterrichteten Presseagentur AP von heute zitieren. Deren Schlagzeile lautet: "Die NATO-Länder sind dabei, einen Notfall-Plan zu erarbeiten, der an die Erfahrungen anknüpft, die in den 1990er Jahren bei der Errichtung von Flugverbotszonen über dem Balkan gemacht wurden – für den Fall dass sich die internationale Gemeinschaft dazu entschließt, ein Luftembargo über Libyen zu verhängen, ließen Diplomaten verlauten."

Die Meldung endet mit der Feststellung: "Offizielle, die wegen der delikaten Natur der Angelegenheit nicht genannt werden wollen, teilten mit, dass man über eine Flugverbotszone diskutiere, wie sie 1993 mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates über Bosnien und 1999 bei den Bombenangriffen der NATO im Kosovo-Krieg – o h n e e i n s o l c h e s M a n d a t – eingerichtet wurde."

(Wir haben den Artikel Fidel Castros komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über den Maximo Lider sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Fidel_Castro . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



NATO's Inevitable War: The Flood of Lies regarding Libya

By Fidel Castro Ruz

March 4, 2011

In contrast with what is happening in Egypt and Tunisia, Libya occupies the first spot on the Human Development Index for Africa and it has the highest life expectancy on the continent. Education and health receive special attention from the State. The cultural level of its population is without a doubt the highest. Its problems are of a different sort. The population wasn't lacking food and essential social services. The country needed an abundant foreign labour force to carry out ambitious plans for production and social development.

For that reason, it provided jobs for hundreds of thousands of workers from Egypt, Tunisia, China and other countries. It had enormous incomes and reserves in convertible currencies deposited in the banks of the wealthy countries from which they acquired consumer goods and even sophisticated weapons that were supplied exactly by the same countries that today want to invade it in the name of human rights.

The colossal campaign of lies, unleashed by the mass media, resulted in great confusion in world public opinion. Some time will go by before we can reconstruct what has really happened in Libya, and we can separate the true facts from the false ones that have been spread.

Serious and prestigious broadcasting companies such as Telesur, saw themselves with the obligation to send reporters and cameramen to the activities of one group and those on the opposing side, so that they could inform about what was really happening.

Communications were blocked, honest diplomatic officials were risking their lives going through neighbourhoods and observing activities, day and night, in order to inform about what was going on. The empire and its main allies used the most sophisticated media to divulge information about the events, among which one had to deduce the shreds of the truth.

Without any doubt, the faces of the young people who were protesting in Benghazi, men, and women wearing the veil or without the veil, were expressing genuine indignation.

One is able to see the influence that the tribal component still exercises on that Arab country, despite the Muslim faith that 95% of its population sincerely shares.

Imperialism and NATO – seriously concerned by the revolutionary wave unleashed in the Arab world, where a large part of the oil is generated that sustains the consumer economy of the developed and rich countries – could not help but take advantage of the internal conflict arising in Libya so that they could promote military intervention. The statements made by the United States administration right from the first instant were categorical in that sense.

The circumstances could not be more propitious. In the November elections, the Republican right-wing struck a resounding blow on President Obama, an expert in rhetoric.

The fascist “mission accomplished” group, now backed ideologically by the extremists of the Tea Party, reduced the possibilities of the current president to a merely decorative role in which even his health program and the dubious economic recovery were in danger as a result of the budget deficit and the uncontrollable growth of the public debt which were breaking all historical records.

In spite of the flood of lies and the confusion that was created, the US could not drag China and the Russian Federation to the approval by the Security Council for a military intervention in Libya, even though it managed to obtain however, in the Human Rights Council, approval of the objectives it was seeking at that moment. In regards to a military intervention, the Secretary of State stated in words that admit not the slightest doubt: “no option is being ruled out”.

The real fact is that Libya is now wrapped up in a civil war, as we had foreseen, and the United Nations could do nothing to avoid it, other than its own Secretary General sprinkling the fire with a goodly dose of fuel.

The problem that perhaps the actors were not imagining is that the very leaders of the rebellion were bursting into the complicated matter declaring that they were rejecting all foreign military intervention.

Various news agencies informed that Abdelhafiz Ghoga, spokesperson for the Committee of the Revolution stated on Monday the 28th that “The rest of Libya shall be liberated by the Libyan people”.

“We are counting on the army to liberate Tripoli” assured Ghoga during the announcement of the formation of a ‘National Council’ to represent the cities of the country in the hands of the insurrection.”

“What we want is intelligence information, but in no case that our sovereignty is affected in the air, on land or on the seas”, he added during an encounter with journalists in this city located 1000 kilometres to the east of Tripoli.”

“The intransigence of the people responsible for the opposition on national sovereignty was reflecting the opinion being spontaneously manifested by many Libyan citizens to the international press in Benghazi”, informed a dispatch of the AFP agency this past Monday.

That same day, a political sciences professor at the University of Benghazi, Abeir Imneina, stated: “There is very strong national feeling in Libya.”

“Furthermore, the example of Iraq strikes fear in the Arab world as a whole’, she underlined, in reference to the American invasion of 2003 that was supposed to bring democracy to that country and then, by contagion, to the region as a whole, a hypothesis totally belied by the facts.”

The professor goes on:

“We know what happened in Iraq, it’s that it is fully unstable and we really don’t want to follow the same path. We don’t want the Americans to come to have to go crying to Gaddafi’, this expert continued.”

“But according to Abeir Imneina, ‘there also exists the feeling that this is our revolution, and that it is we who have to make it’.”

A few hours after this dispatch was printed, two of the main press bodies of the United States, The New York Times and The Washington Post, hastened to offer new versions on the subject; the DPA agency informs on this on the following day, March the first: “The Libyan opposition could request that the West bomb from the air strategic positions of the forces loyal to President Muamar al Gaddafi, the US press informed today.”

“The subject is being discussed inside the Libyan Revolutionary Council, ‘The New York Times’ and ‘The Washington Post’ specified in their online versions.”

“‘The New York Times’ notes that these discussions reveal the growing frustration of the rebel leaders in the face of the possibility that Gaddafi should retake power”.

“In the event that air actions are carried out within the United Nations framework, these would not imply international intervention, explained the council’s spokesperson, quoted by The New York Times”.

“The council is made up of lawyers, academics, judges and prominent members of Libyan society.”

The dispatch states:

“‘The Washington Post’ quoted rebels acknowledging that, without Western backing, combat with the forces loyal to Gaddafi could last a long time and cost many human lives.”

It is noteworthy that in that regard, not one single worker, peasant or builder is mentioned, not anyone related to material production or any young student or combatant among those who take part in the demonstrations. Why the effort to present the rebels as prominent members of society demanding bombing by the US and NATO in order to kill Libyans?

Some day we shall know the truth, through persons such as the political sciences professor from the University of Benghazi who, with such eloquence, tells of the terrible experience that killed, destroyed homes, left millions of persons in Iraq without jobs or forced them to emigrate.

Today on Wednesday, the second of March, the EFE Agency presents the well-known rebel spokesperson making statements that, in my opinion, affirm and at the same time contradict those made on Monday: “Benghazi (Libya), March 2. The rebel Libyan leadership today asked the UN Security Council to launch an air attack ‘against the mercenaries’ of the Muamar el Gaddafi regime.”

“‘Our Army cannot launch attacks against the mercenaries, due to their defensive role’, stated the spokesperson for the rebels, Abdelhafiz Ghoga, at a press conference in Benghazi.”

“‘A strategic air attack is different from a foreign intervention which we reject’, emphasized the spokesperson for the opposition forces which at all times have shown themselves to be against a foreign military intervention in the Libyan conflict”.

Which one of the many imperialist wars would this look like?

The one in Spain in 1936? Mussolini's against Ethiopia in 1935? George W. Bush's against Iraq in the year 2003 or any other of the dozens of wars promoted by the United States against the peoples of the Americas, from the invasion of Mexico in 1846 to the invasion of the Falkland Islands in 1982?

Without excluding, of course, the mercenary invasion of the Bay of Pigs, the dirty war and the blockade of our Homeland throughout 50 years, that will have another anniversary next April 16th.

In all those wars, like that of Vietnam which cost millions of lives, the most cynical justifications and measures prevailed.

For anyone harbouring any doubts, about the inevitable military intervention that shall occur in Libya, the AP news agency, which I consider to be well-informed, headlined a cable printed today which stated: "The NATO countries are drawing up a contingency plan taking as its model the flight exclusion zones established over the Balkans in the 1990s, in the event that the international community decides to impose an air embargo over Libya, diplomats said".

Further on it concludes: "Officials, who were not able to give their names due to the delicate nature of the matter, indicated that the opinions being observed start with the flight exclusion zone that the western military alliance imposed over Bosnia in 1993 that had the mandate of the Security Council, and with the NATO bombing in Kosovo in 1999, THAT DID NOT HAVE IT".

© Copyright Fidel Castro Ruz, Global Research, 2011

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern